

Rechtsmeldung | Kenia | Coronavirus

Kenia erlässt steuerrechtliche Maßnahmen wegen Corona-virus

Der kenianische Präsident hat am 25 März 2020 Erleichterungen bei der Körperschaft-, Einkommen- und Mehrwertsteuer zur Bekämpfung der Auswirkungen des Coronavirus angekündigt.

06.04.2020

Von Katrin Grünewald | Bonn

Zu den Maßnahmen gehören:

- Die Körperschaftsteuer soll von 30 Prozent auf 25 Prozent sinken.
- Monatliche Einkommen bis 24.000 Kenia-Schilling (ca. 200 Euro) sollen von der Einkommensteuer befreit werden.
- Der höchste Einkommensteuersatz von 30 Prozent für monatliche Einkommen ab 47.059 Kenia-Schilling (ca. 400 Euro) soll auf 25 Prozent reduziert werden.
- Ab 1. April 2020 gilt ein reduzierter Mehrwertsteuersatz von 14 Prozent (statt 16 Prozent) (siehe auch [GTAI-Zollmeldung vom 31.03.2020](#)).

Während die Reduzierung der Mehrwertsteuer bereits im Gesetzblatt veröffentlicht wurde und damit ab dem 1. April 2020 in Kraft ist, müssen die anderen Maßnahmen noch in Gesetzesform gegossen werden. Laut kenianischem Recht müssen diese Art von Gesetzesänderungen grundsätzlich vom kenianischen Parlament verabschiedet werden. Es ist allerdings nicht ganz eindeutig wie dieses Verfahren derzeit durchgeführt werden soll, da sich das kenianische Parlament aufgrund der Covid-19-Pandemie in einer Sitzungspause befindet.

Zum Thema:

- [Erklärung des kenianischen Präsidenten](#) 
- [Africa Business Guide](#) 

GTAI-Themenspecial Coronavirus: Über die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie auf Auslandsmärkte sowie damit verbundene rechtliche und zollrechtliche Fragestellungen berichten wir in unserem [Themenspecial](#).

Dieser Inhalt ist relevant für:

Kenia

Coronavirus / Umsatzsteuer / Körperschaftsteuer / Einkommensteuer / Steuerrecht
Recht

Kontakt

Katrin Grünewald

Rechtsexpertin

 +49 228 24 993 431

 [Ihre Frage an uns](#)

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2020 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.